

1. Einleitung: Freiwilliges Engagement in Deutschland

*Julia Simonson, Claudia Vogel, Jochen P. Ziegelmann
& Clemens Tesch-Römer*

Freiwilliges Engagement ist vielfältig. Im Sport engagieren sich Menschen, um Kinder und Jugendliche zu trainieren, um als Schiedsrichterinnen oder Schiedsrichter Wettkämpfe zu begleiten oder um Abläufe in einem Sportverein zu organisieren. In der Schule organisieren sich Mütter und Väter in der Elternvertretung oder im Förderverein. Im Bereich Kultur und Musik gestalten Engagierte Konzerte und Ausstellungen oder singen regelmäßig in einem Chor, um anderen Menschen Musik nahezubringen. In Selbsthilfegruppen engagieren sich Betroffene, um die eigenen Interessen zu vertreten und sich mit Menschen auszutauschen, die sich in einer ähnlichen Situation befinden wie sie selbst.

Freiwilliges Engagement ist für die Demokratie unverzichtbar. Viele Menschen engagieren sich in ihrer Kommune, werben für ein Anliegen oder arbeiten in einer Partei mit. Sie bringen sich in den politischen Diskurs ein, gestalten ihr Umfeld und nehmen Einfluss auf Entscheidungen. Studentinnen und Studenten gründen Arbeitskreise für bessere Studienbedingungen, junge Familien engagieren sich in Initiativen für bezahlbaren Wohnraum, Seniorinnen und Senioren setzen sich für eine bessere Situation pflegender Angehöriger ein. Häufig geht es beim freiwilligen Engagement auch um Themen, bei denen gesellschaftliche Solidarität für andere Menschen gefordert ist, etwa beim Kampf gegen Kinderarmut, der Hilfe für Flutopfer oder der Unterstützung von Flüchtlingen.

Freiwilliges Engagement hat in den letzten Jahren zugenommen. Die Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe und Engagement ha-

ben sich wesentlich verbessert. Die Zahl der Vereine und Organisationen ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Mehr Menschen verfügen heute über eine gute Bildung und sind als Erwerbstätige im Berufsleben aktiv als noch vor wenigen Jahrzehnten. Menschen am Anfang des Ruhestands haben heute durchschnittlich fast 20 Lebensjahre vor sich, häufig bei guter Gesundheit. Es verwundert daher nicht, dass sich im Jahr 2014 mehr Menschen freiwillig engagieren als jemals zuvor: 43,6 Prozent der Wohnbevölkerung im Alter von 14 und mehr Jahren in Deutschland sind freiwillig engagiert; das entspricht in etwa 30,9 Millionen engagierten Menschen.

Im vorliegenden Bericht werden die Befunde des Deutschen Freiwilligensurveys 2014 vorgestellt, aus dem diese Zahl stammt. Der Freiwilligensurvey ist eine repräsentative telefonische Befragung zum freiwilligen Engagement in Deutschland, die sich an Personen ab 14 Jahren richtet. Inzwischen kann die Entwicklung des freiwilligen Engagements über die letzten fünfzehn Jahre nachgezeichnet werden, da in den Jahren 1999, 2004 und 2009 die ersten drei Wellen des Freiwilligensurveys erhoben wurden. Im Bericht wird dargestellt, welche Bevölkerungsgruppen sich zu welchen Anteilen engagieren, wie sich das Engagement über die letzten fünfzehn Jahre entwickelt hat und wie das Engagement ausgestaltet ist. Es wird betrachtet, aus welchen Beweggründen sich Menschen engagieren und welche Ressourcen und Kontexte für Engagement bedeutsam sind. Darüber hinaus wird dargestellt, welche Bedeutung andere Formen des zivilgesellschaftlichen Handelns wie die

informelle Unterstützung im sozialen Nahraum, Vereinsmitgliedschaften oder Geldspenden haben und wie freiwilliges Engagement mit solchen anderen Formen zivilgesellschaftlichen Handelns korrespondiert.

In diesem Einleitungskapitel werden zunächst die gesellschaftspolitische Bedeutung des freiwilligen Engagements sowie die Rolle der Forschung zu freiwilligem Engagement dar-

gestellt. Zweitens wird erläutert, auf welchem Verständnis von freiwilligem Engagement der Freiwilligensurvey beruht. Drittens werden gesellschaftliche Trends diskutiert, die Wandel und Anstieg des freiwilligen Engagements beeinflussen könnten. Viertens werden die Aufgaben des Freiwilligensurveys 2014 beschrieben sowie die Kapitel des vorliegenden Berichts skizziert.

1.1 Engagementpolitik und Forschung zu freiwilligem Engagement

Das Thema ‚Freiwilliges Engagement‘ hat in den letzten Jahrzehnten deutlich an öffentlicher Aufmerksamkeit gewonnen. Die gestiegene politische Relevanz des Engagements zeigt sich unter anderem in der Einsetzung der Enquete-Kommission ‚Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements‘ im Jahr 1999, in den seit 1999 alle fünf Jahre durchgeführten Erhebungen des Freiwilligensurveys sowie in der Einführung eines regelmäßigen Engagementberichts der Bundesregierung (seit 2012). In der öffentlichen Debatte wird freiwilliges Engagement als eine der zentralen Formen gesellschaftlicher Partizipation überwiegend positiv bewertet, da es zum Zusammenhalt der Gesellschaft beitragen, die Demokratie weiterentwickeln und innovative Problemlösungen hervorbringen kann (Olk & Hartnuß 2011a: 5; Zimmer & Rauschenbach 2011: 11). Eine hohe Engagementbeteiligung ist auch ein Indikator für eine starke Zivilgesellschaft.

Die gesellschaftspolitische Bedeutung des freiwilligen Engagements spiegelt sich auch in den Programmen der politischen Parteien wider. Alle fünf Parteien, die in der 18. Legislaturperiode (seit Oktober 2013) im Deutschen Bundestag vertreten sind, setzen sich in ihren Programmen damit auseinander, wie Engagement gefördert werden kann. In den Grundsatzprogrammen von CDU und CSU wird insbesondere die Bedeutung des Engagements für den Zusammenhalt der Ge-

sellschaft betont (CDU 2007: 12; CSU 2007: 36). Im Grundsatzprogramm der CDU wird zudem auf die Förderung von Engagement etwa in den Bereichen der Pflege sowie der Bildung abgezielt. Die SPD hebt in ihrem Grundsatzprogramm die Relevanz der solidarischen Gesellschaft sowie die Bedeutung von Engagement für die Demokratie hervor (SPD 2007: 30). Im Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen wird ebenfalls die Bedeutung des Engagements für die Demokratie genannt sowie dessen Vielfalt hervorgehoben (Bündnis 90/Die Grünen 2013: 209). Zudem wird betont, dass nicht nur Erwerbsarbeit, sondern auch ehrenamtliche Tätigkeiten und Familienarbeit unter guten Bedingungen stattfinden sollen. Im Programm der Partei Die Linke steht schließlich die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit, Familienarbeit und Engagement im Vordergrund (Die Linke 2011: 51). Zudem strebt diese Partei eine stärkere gesellschaftliche Anerkennung des Engagements an (Die Linke 2013: 14).

Angesichts der großen Bedeutung, die die politischen Parteien in Deutschland dem freiwilligen Engagement zumessen, ist es nicht überraschend, dass die Regierungsparteien der Großen Koalition im Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode auch Festlegungen zum Stichwort bürgerschaftliches Engagement getroffen haben (CDU CSU SPD 2013: 111f.):

Unser Gemeinwesen ist auf die Zivilgesellschaft und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Ihre Möglichkeiten zum Engagement wollen wir weiter fördern. [...] Die Erfahrungen, die im bürgerschaftlichen Engagement gemacht werden, und die Ideen, die dort entstehen, werden wir verstärkt aufnehmen. Wir wollen für mehr Anerkennung für das Engagement aller Generationen und die Arbeit im Ehrenamt sorgen. Ein Signal der Anerkennung ist der Deutsche Engagementpreis. Wir unterstützen und fördern die Arbeit der Wohlfahrtsverbände. Soziale Innovationen auch von Sozialunternehmen sind unterstützungswert. Wir wollen die Gründung unternehmerischer Initiativen aus bürgerschaftlichem Engagement (z. B. Dorfläden, Kitas, altersgerechtes Wohnen, Energievorhaben) erleichtern. Für solche Initiativen soll eine geeignete Unternehmensform im Genossenschafts- oder Vereinsrecht zur Verfügung stehen, die unangemessenen Aufwand und Bürokratie vermeidet.

Eine effektive Engagementpolitik benötigt eine gute Wissensgrundlage. Die empirische Forschung zum Engagement liefert bedeutsame Erkenntnisse über die Verbreitung und den Wandel des Engagements, über die Verteilung des Engagements in verschiedenen Bevölkerungsgruppen, über die individuellen Ressourcen sowie die organisationalen, regionalen und kulturellen Rahmenbedingungen des Engagements. Die empirische Engagementforschung in Deutschland ist vergleichsweise jung. Sie hat im angelsächsischen Raum eine wesentlich längere Tradition. Für Deutschland bekannte Befunde aus den frühen 1990er Jahren stammen aus international vergleichenden Studien wie der Studie Eurovol ‚A Pan European Research Study of Volunteering in Europe‘. In dieser Studie lag der Anteil von Freiwilligen in Deutschland bei 18 Prozent. Im Ranking der verschiedenen Länder belegte Deutschland damit lediglich einen Platz im unteren Mittelfeld (Paulwitz 1999: 205; Zahlen für 1994). Die Autorinnen und Autoren

der Studie führten dies unter anderem darauf zurück, dass damals bedeutsame rechtliche Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement in Deutschland fehlten (Gaskin, Smith & Paulwitz 1996: 46). Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der John Hopkins University kamen sogar auf nur 13 Prozent ehrenamtlich Engagierter in Deutschland (Zahl für 1991/1992 aus Anheier 1999: 155; Anheier & Salamon 1999). Einen Zusammenhang sah Anheier hier mit der staatlichen Unterstützung beziehungsweise Alimentierung für zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland, die es aus seiner Sicht versäumten, „das in der Bevölkerung vorhandene Potential an Ehrenamtlichkeit zu nutzen und zu fördern“ (Anheier 1999: 160).

Der Wertesurvey von 1997, auf den das Erhebungskonzept des Freiwilligensurveys zurückgeht, berücksichtigte in der Erhebung erstmals ein wesentlich breiteres Spektrum ehrenamtlicher und freiwilliger Tätigkeiten und wies entsprechend eine deutlich höhere Beteiligungsquote von 38 Prozent aus (Klages 1998). Die erste Erhebung des Freiwilligensurveys im Jahr 1999 war der Auftakt für die im Abstand von fünf Jahren stattfindende Dauerbeobachtung des freiwilligen Engagements in Deutschland (Gensicke 2011). Mit der ersten Welle des Freiwilligensurveys im Jahr 1999 konnte gezeigt werden, dass freiwilliges Engagement in Deutschland quantitativ tatsächlich von großer Bedeutung ist; ein gutes Drittel der Wohnbevölkerung engagierte sich freiwillig (von Rosenblatt 2001).

Heute, fünfzehn Jahre später, ist die Zivilgesellschaft in Deutschland gemessen am Anteil Engagierter an der Gesamtbevölkerung sogar noch wesentlich breiter aufgestellt. Bevor nun die gesellschaftlichen Trends diskutiert werden, die für Wandel und Anstieg des freiwilligen Engagements verantwortlich sein könnten, muss allerdings die Frage beantwortet werden, welche Aktivitäten und Tätigkeiten als freiwilliges Engagement zu werten sind.

1.2 Konzeptionelle Überlegungen: Was ist freiwilliges Engagement?

Um das freiwillige Engagement für die Sozialberichterstattung zu quantifizieren und das empirische Wissen darüber verbessern zu können, muss in einem ersten Schritt bestimmt werden, was unter freiwilligem Engagement verstanden wird und wie es von anderen Tätigkeiten abzugrenzen ist. Dabei werden im Folgenden auch Begriffe diskutiert, die eine hohe Ähnlichkeit zum Begriff des freiwilligen Engagements aufweisen (bürgerschaftliches Engagement, Freiwilligenarbeit).

(a) Engagement-Definition der Enquete-Kommission ‚Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements‘

Die Enquete-Kommission ‚Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements‘ hat im Jahr 2002 eine Begriffsbestimmung bürgerschaftlichen Engagements vorgelegt. Bürgerschaftliches Engagement ist laut Bericht der Enquete-Kommission durch fünf Kriterien definiert (Enquete-Kommission ‚Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements‘ 2002: 38ff.). Eine Tätigkeit ist dann als Engagement zu bezeichnen, wenn sie die folgenden Kriterien erfüllt:

- Die Tätigkeit ist nicht auf materiellen Gewinn gerichtet.
- Die Tätigkeit ist öffentlich beziehungsweise findet im öffentlichen Raum statt.
- Die Tätigkeit wird in der Regel gemeinschaftlich/kooperativ ausgeübt.
- Die Tätigkeit ist gemeinwohlorientiert.
- Die Tätigkeit ist freiwillig.

Bürgerschaftliches Engagement ist, erstens, nicht auf materiellen Gewinn gerichtet, dient also nicht dazu, ein monetäres Einkommen zu erzielen oder den „eigenen Nutzen zu erhöhen oder sogar zu maximieren“ (Enquete-Kommission ‚Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements‘

2002: 38). Ein immaterieller persönlicher Nutzen durch das Ausüben einer als sinnvoll empfundenen Tätigkeit kann aber durchaus angestrebt werden, und dies wird auch als förderlich für die verantwortungsvolle Ausübung der Tätigkeit gesehen.

Bürgerschaftliches Engagement ist, zweitens, öffentlich beziehungsweise findet im öffentlichen Raum statt. Damit ist es abgrenzbar von Tätigkeiten, die in den Sphären Markt, Staat, Familie und Haushalt ausgeübt werden. Die Intentionen und Formen des Engagements sollen transparent sein, was wiederum Anschlussfähigkeit für interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie für weitere Akteure schafft.

Bürgerschaftliches Engagement ist, drittens, in der Regel gemeinschaftlich beziehungsweise kooperativ. Die Gemeinschaftsbezogenheit bezieht sich hierbei zum einen auf „das Wohl der Mitglieder einer mehr oder weniger umfassenden Gruppe“ und zum anderen auf die Tätigkeit selbst, welche in der Regel eine „Tätigkeit mit anderen“ darstellt (Enquete-Kommission ‚Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements‘ 2002: 39).

Bürgerschaftliches Engagement sollte, viertens, gemeinwohlorientiert sein oder zum Gemeinwohl beitragen. Was als Gemeinwohl zu verstehen ist, ist in der Regel das Ergebnis von Abstimmungs- und Aushandlungsprozessen. Da es also keineswegs trivial ist, das Gemeinwohl zu bestimmen, wird in der Regel die Intention der handelnden Personen, dem Allgemeinwohl zu dienen, in den Blick genommen. Auch hier wird nicht davon ausgegangen, dass Eigeninteresse und Gemeinwohlorientierung unvereinbare Gegensätze sind: Ein Engagement kann daher sowohl den Interessen der engagierten Person dienen als auch gemeinwohlorientiert sein.

Bürgerschaftliches Engagement ist, fünftens, freiwillig. Das Engagement beruht auf einer eigenen, freiwilligen Entscheidung, die von staatlichen Institutionen zu respektieren

ist (Enquete-Kommission ‚Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements‘ 2002: 38ff.). Es handelt sich dabei nicht um einen verpflichtenden Dienst. Verpflichtende Dienste waren beispielsweise Wehrdienst oder Zivildienst (seit Juli 2011 ist die Wehrpflicht ausgesetzt, wodurch auch der Ersatzdienst entfällt), nicht aber Jugendfreiwilligendienste sowie der im Jahr 2011 eingeführte Bundesfreiwilligendienst. Es wird also der Aspekt der Freiwilligkeit eines Engagements betont, das eher aufgrund subjektiver Bedürfnisse, Interessen und Sinnorientierungen als aus Pflichterfüllung ausgeübt wird (Olk & Hartnuß 2011b: 146).

Der von der Enquete-Kommission verwendete und mittlerweile in der Politik und öffentlichen Diskussion etablierte Begriff des bürgerschaftlichen Engagements ist in der wissenschaftlichen Diskussion in Abgrenzung zu anderen Begriffen kritisch diskutiert worden (vgl. Klein 2011; Priller 2011; Roth 2000). Priller (2011: 35) hebt hervor, dass der Begriff des bürgerschaftlichen Engagements vor allem die ‚Teilhabe- und Demokratisierungsfunktion‘ betone und der Vielfalt des Engagements nicht gerecht werde; er schlägt daher den Begriff ‚Zivilengagement‘ vor. Andere Autoren halten den Begriff ‚Zivilengagement‘ dagegen für nicht angemessen, da aus ihrer Sicht der Begriff des bürgerschaftlichen Engagements gerade darauf ziele, politische Beteiligung und soziales Engagement in einem einheitlichen Begriff zu integrieren (Olk & Hartnuß 2011b: 159). Tatsächlich werden die Begriffe ‚Bürgerschaftliches Engagement‘ und ‚Zivilengagement‘ in der öffentlichen Diskussion häufig synonym verwendet. Auch der Begriff des Ehrenamtes wird in der Öffentlichkeit häufig gleichbedeutend verwendet (Erlinghagen 2013), allerdings beschreibt das Ehrenamt lediglich einen Teilaspekt des gesamten bürgerschaftlichen Engagements, nämlich die Übernahme von Funktionen in formalen Organisationen (Stricker 2011; Roth 2000). Engagement kann jedoch auch informell ausgeübt werden. Aber auch wenn kritisiert wird, dass die unscharfe Begriffskontur eine differenzierte Analyse ver-

schiedener Formen und unterschiedlicher Entwicklungen des Engagements erschwert, werden auch die Vorteile dieser Unschärfe gesehen, da das Konzept so in unterschiedlichen Verwendungszusammenhängen anschlussfähig bleibt (Roth 2000) und verschiedene politische und wissenschaftliche Traditionen integrieren kann (Heinze & Olk 2001).

(b) Engagement-Definition der Ersten Engagementberichtskommission

Im Ersten Engagementbericht der Bundesregierung hat die Sachverständigenkommission eine Beschreibung bürgerschaftlichen Engagements vorgelegt, die die Kriterien der Enquete-Kommission aufnimmt (Deutscher Bundestag 2012: 33):

1. *Bürgerschaftliches Engagement ist freiwillige Mitverantwortung im und für den öffentlichen Raum. Es reflektiert und anerkennt die Bürgerpflichten gegenüber dem Gemeinwesen. Es wird von Individuen und Organisationen erbracht.*
2. *Bürgerschaftliches Engagement ist strukturbildend, setzt wichtige Impulse für das gesellschaftliche Miteinander und generiert so positive externe Effekte für die Gesellschaft.*
3. *Bürgerschaftliches Engagement kann sich in kontinuierlichen Leistungen, Innovationen und Problemlösungen ausdrücken, mit denen primär kein finanzieller Nutzen angestrebt wird.*
4. *Bürgerschaftliches Engagement kann sowohl auf neue Formen der Regelfindung als auch auf die Gestaltung des Miteinanders innerhalb der staatlichen Rahmenordnung gerichtet sein.*

Während von der Enquete-Kommission vor allem die Tätigkeiten von Personen in den Blick genommen werden, zielt die Definition der Engagementberichtskommission sowohl auf Personen als auch auf zivilgesellschaftliche Organisa-

tionen ab. Ähnlichkeiten zwischen den beiden Definitionen finden sich in der Betonung von Freiwilligkeit, Öffentlichkeit, Unentgeltlichkeit und Gemeinwohlorientierung. Mit Blick auf die Gemeinwohlorientierung geht die Definition der Engagementberichtscommission aber deutlich über die Definition der Enquete-Kommission hinaus, da sie die (erwünschten und erwarteten) Folgen bürgerschaftlichen Engagements ausführlich darstellt. Bürgerschaftliches Engagement bildet und verstärkt Strukturen, verbessert die gesellschaftliche Kohäsion und generiert auf diese Weise ‚positive externe Effekte‘ für die Gesellschaft: Das freiwillige Engagement nutzt vielen Mitgliedern einer Gesellschaft. Dies bedeutet aber auch, dass bürgerschaftliches Engagement unter ökonomischen Gesichtspunkten bedeutsam ist und der Beitrag bürgerschaftlich engagierter Menschen in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einfließen könnte.

(c) Engagement-Definition der International Labour Organization

Diese volkswirtschaftliche Dimension des freiwilligen Engagements findet sich auch in der Definition, die von der International Labour Organization (ILO) verwendet wird. Die ILO spricht konsequenterweise von unbezahlter Freiwilligenarbeit („volunteer work is a component of informal work“, International Labour Organization (ILO) 2011: 5). Hintergrund der ILO-Definition ist ein Auftrag der Vollversammlung der Vereinten Nationen, den ökonomischen Wert des freiwilligen Engagements zu bestimmen („establish the economic value of volunteering“, United Nations (UN) 2001). Dabei wird Freiwilligenarbeit von der ILO wie folgt definiert:

Freiwilligenarbeit ist unbezahlte, freiwillige Arbeit. Es handelt sich dabei um Zeit, die Menschen ohne Bezahlung für Aktivitäten aufwenden, die sie entweder innerhalb einer Organisation oder

*direkt für andere Personen außerhalb des eigenen Haushaltes ausüben.*¹

Mit dieser Definition freiwilliger Tätigkeiten als einer Form der Arbeit wird es möglich, die Aktivitäten anhand von arbeitswissenschaftlichen Kategorien zu klassifizieren und ihren ökonomischen Wert festzustellen. Damit kann auch eine volkswirtschaftliche Angabe zum gesellschaftlichen Beitrag des freiwilligen Engagements gemacht werden, wie sie beispielsweise von der OECD auf Grundlage der Zeitbudgeterhebung 2001/02 für Deutschland vorgelegt wurde (Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) 2015). Da dabei jede Form unbezahlter Tätigkeiten erfasst wird, also sowohl Tätigkeiten innerhalb von Organisationen als auch Tätigkeiten, die im privaten, nicht-öffentlichen Raum ausgeübt werden (jedoch außerhalb des eigenen Haushalts), ist das ILO-Konzept breiter angelegt als die Konzepte der Enquete-Kommission und der Ersten Engagementberichtscommission. Allerdings ist zu bedenken, dass die ILO-Definition der Freiwilligenarbeit auch eine Verengung auf spezifische Tätigkeiten mit sich bringen kann, weil nicht jede freiwillige Tätigkeit von den Engagierten als Arbeit wahrgenommen wird.

(d) Engagement-Definition im Deutschen Freiwilligensurvey

Welche Definition wird nun im Deutschen Freiwilligensurvey verwendet? Die Antwort hierauf hat zwei Teile. Zum einen muss auf die operationale Definition verwiesen werden, also auf die Fragen, mit denen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Studie um Auskunft über ihr Engagement gebeten werden. Zum anderen spielen hierbei die Prüfkriterien eine Rolle, die bei der

1 Im Original: "Volunteer work is unpaid non-compulsory work; that is, time individuals give without pay to activities performed either through an organization or directly for others outside their own household" (International Labour Organization (ILO) 2011: 11).

Bewertung der von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern genannten Tätigkeiten herangezogen werden.

Operationale Definition in der Abfrage des Freiwilligensurveys: Bei der Entwicklung des ersten Freiwilligensurveys, der im Jahr 1999 durchgeführt wurde, war es noch nicht möglich, sich auf die oben dargestellte Diskussionen zu beziehen, denn diese fanden erst später, teilweise auch unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Freiwilligensurveys statt. Dennoch sind die oben diskutierten Bestimmungsstücke zum Teil explizit, zum Teil implizit in den verwendeten Fragen enthalten. Die Abfrage nach freiwilligem Engagement vollzieht sich im Freiwilligensurvey in zwei Stufen (siehe Kapitel 2). Zunächst wird gefragt, ob sich eine Person in einem von vierzehn gesellschaftlichen Bereichen, außerhalb von Beruf und Familie, aktiv beteiligt. Bejaht eine Person diese Frage für mindestens einen der vierzehn Bereiche, so folgt eine zweite Frage, mit der erfasst wird, ob eine Person in den Bereichen, in denen sie aktiv ist, auch ehrenamtliche Tätigkeiten ausübt oder in Vereinen, Initiativen, Projekten oder Selbsthilfegruppen engagiert ist. Dabei geht es um freiwillig übernommene Aufgaben und Arbeiten, die unbezahlt oder gegen geringe Aufwandsentschädigung ausgeübt werden.

Bei dieser Abfrage wird also zwischen gemeinschaftlich ausgeübten Aktivitäten (Bejahung der ersten Frage) und freiwilligem Engagement (Bejahung der zweiten Frage) differenziert. Während es sich bei Aktivitäten um das ‚Mitmachen‘ handelt, ist Engagement durch konkrete Aufgaben und Arbeiten charakterisiert. Öffentliche gemeinschaftliche Aktivität und freiwilliges Engagement unterscheiden sich graduell, wie sich etwa am Beispiel eines Sportfestes veranschaulichen lässt: Eine öffentlich *gemeinschaftlich aktive* Person nimmt im Rahmen des Sportfestes an Wettkämpfen teil und trägt so zum Gelingen des Festes bei, das jedoch nur stattfinden kann, weil eine *freiwillig engagierte* Person das Fest vorbereitet und organisiert hat.

Prüfkriterien bei der Bewertung von Tätigkeiten im Rahmen des Freiwilligensurveys: Die befragten Personen werden im Freiwilligensurvey gebeten, jene Tätigkeiten zu benennen, denen sie im Rahmen ihres freiwilligen Engagements nachgehen. Damit ist es auch möglich, diese Tätigkeitsnennungen zu prüfen (geprüft wird, ob ein Kriterium der Definition freiwilligen Engagements verletzt ist) und zu bewerten, ob es sich dabei um freiwilliges Engagement handelt oder nicht. Die bei dieser Prüfung verwendeten Kriterien orientieren sich an den fünf Bestimmungsstücken der Enquete-Kommission ‚Bürgerschaftliches Engagement‘. Die von den Personen genannten Aufgaben und Arbeiten sind dann freiwilliges Engagement, wenn sie freiwillig, unentgeltlich, öffentlich und gemeinschaftlich mit anderen ausgeübt werden. In der Regel muss die Gemeinwohlorientierung dieser Aktivitäten vorausgesetzt werden, weil eine Prüfung von Nutzen und Kosten der genannten Tätigkeiten nicht möglich ist.

Im Freiwilligensurvey wird also eine weite Definition des freiwilligen Engagements verwendet, die mit den Definitionen der Enquete-Kommission ‚Bürgerschaftliches Engagement‘ und der Ersten Engagementberichtscommission kompatibel ist. Der Begriff des ‚freiwilligen Engagements‘ dient als Oberbegriff für unterschiedliche Formen des Engagements, wie Ehrenamt, Freiwilligenarbeit, Selbsthilfe oder Tätigkeiten in selbstorganisierten Initiativen und Projekten (von Rosenblatt 2001), das hinsichtlich des Formalisierungsgrades ganz unterschiedlich ausgeprägt sein kann. Freiwilliges Engagement reicht von selbstorganisierten Tätigkeiten bis zu Freiwilligendiensten, die sich durch eine gesetzlich geregelte Organisationsform und feste Einsatzzeiten auszeichnen.

(e) Weitere Formen des zivilgesellschaftlichen Handelns im Deutschen Freiwilligensurvey

Jenseits des freiwilligen Engagements können weitere Formen des zivilgesellschaftlichen Handelns festgemacht werden. Informelle Unterstüt-

zungsleistungen für Nachbarinnen und Nachbarn, Freundinnen und Freunde, sowie Bekannte und Andere sind ein Beispiel dafür. Diese Unterstützungsleistungen werden anders als das freiwillige Engagement in der Regel nicht öffentlich erbracht und richten sich häufig an Personen aus dem sozialen Nahraum (Evers & Olk 1996: 22ff.). Im Freiwilligensurvey werden informelle Unterstützungsleistungen als Form gemeinschaftlicher Aktivität und zivilgesellschaftlichen Handelns betrachtet. Sie sind in der Regel weniger formal organisiert als freiwilliges Engagement und lassen sich von diesem zusätzlich durch ihren privaten, nicht-öffentlichen Charakter abgrenzen; allerdings ist die Abgrenzung nicht immer ganz trennscharf (vgl. Schmid & Buhr 2011). Die Ausweitung der Fragen zu instrumentellen Hilfeleistungen, zu Pflegetätigkeiten sowie zur Betreuung nicht-eigener Kinder im Freiwilligensurvey 2014 macht es möglich, die Ausübung informeller Unterstützungsleistungen im Bericht kontrastierend zum freiwilligen Engagement zu analysieren.

Der Freiwilligensurvey 2014 berücksichtigt darüber hinaus zentrale politische Beteiligungsformen. Die politische Partizipation kann hinsichtlich ihres Verpflichtungsgrades ganz unterschiedlich ausgeprägt sein und reicht von der Teilnahme an politischen Wahlen über das Mitmachen bei Demonstrationen, Bürgerinitiativen oder Unterschriftensammlungen bis zur ehrenamtlichen Übernahme politischer Ämter. Politische Partizipation wird als wichtige Voraussetzung für das Funktionieren moderner Demokratien angesehen und steht in einem positiven Zusammenhang mit anderen Beteiligungsfor-

men wie der Mitgliedschaft in Vereinen (van Deth 2001).

Mitgliedschaften in Vereinen und in gemeinnützigen Organisationen können als ein wichtiger Ausgangspunkt für zivilgesellschaftliches Handeln betrachtet werden. Die Mitgliedschaft kann für unterschiedliche Formen freiwilligen Engagements eine notwendige oder förderliche Voraussetzung sein. Durch das Mitmachen ergeben sich Anlässe oder Möglichkeiten sich freiwillig zu engagieren. Darüber hinaus können Mitgliedsbeiträge (insbesondere bei passiven Mitgliedschaften) als eine Form der Geldspende für eine gemeinwohlorientierte Organisation betrachtet werden.

Das Spenden von Geld und Sachgütern ist neben dem Spenden von Zeit und Arbeitsleistungen im freiwilligen Engagement eine wichtige Form gemeinwohlorientierten Handelns (Priller & Schupp 2011). Geld oder Sachgüter werden häufig zweckgebunden für bestimmte Projekte oder Einrichtungen gespendet. Sie können dadurch direkt Bedürftigen zugutekommen, aber auch das Engagement anderer unterstützen. Die Schätzungen des Gesamtspendenvolumens in Deutschland variieren je nach Erhebungsmethode und Datenquelle. Es steht jedoch fest, dass jährlich beträchtliche Beträge in Höhe mehrerer Milliarden Euro zusammenkommen. Anhand des Freiwilligensurveys kann aufgezeigt werden, wie verbreitet Geldspenden für gemeinnützige Zwecke in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen sind, und in welcher Höhe Geld gespendet wird.

1.3 Gesellschaftlicher Wandel und freiwilliges Engagement

Freiwilliges Engagement und seine Ausgestaltung stehen in engem Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und deren Wandel über die Zeit. Politische, kulturelle und wirtschaftliche Kontexte wirken mittel- und unmittelbar auf freiwilliges Engagement

beziehungsweise auf die Bereitschaft hierzu ein. Langfristige Wandlungsprozesse (zum Beispiel Modernisierung und Individualisierung sowie die Bildungsexpansion und der demografische Wandel) können Engagement dabei ebenso beeinflussen wie kurzfristige Veränderungen und

Ereignisse. Neue Kommunikationsmöglichkeiten tragen dazu bei, dass sich Rahmenbedingungen und Organisationsformen von Engagement verändern, beispielsweise wenn Internetplattformen oder soziale Medien von Initiativen zur Flüchtlingshilfe genutzt werden, um Engagementinteressierte anzusprechen und kurzfristig über konkrete (auch zeitlich begrenzte) Möglichkeiten zum freiwilligen Engagement zu informieren. Bei empirischen Untersuchungen des freiwilligen Engagements ebenso wie bei sozialpolitischen Interventionen, die Engagement fördern sollen, müssen diese Rahmenbedingungen und deren Veränderungen berücksichtigt werden. Der Freiwilligensurvey bietet mit seinen seit 1999 alle fünf Jahre durchgeführten Erhebungen ein besonderes Potenzial für die Analyse der Veränderung freiwilligen Engagements. Im Folgenden werden zentrale gesellschaftliche Veränderungen thematisiert, die von Bedeutung für die Entwicklung freiwilligen Engagements sind. Insgesamt sprechen die Veränderungen für eine Ausweitung des freiwilligen Engagements in Deutschland.

(a) Öffentliche Thematisierung des freiwilligen Engagements und Wandel der Engagementpolitik

Freiwilliges Engagement hat als Thema in der politischen und öffentlichen Debatte in den letzten Jahren deutlich an Aufmerksamkeit gewonnen. Beginnend mit der Einsetzung der Enquete-Kommission ‚Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements‘ im Jahr 1999 bildete sich die Engagementpolitik als Politikfeld heraus (Hartnuß, Olk & Klein 2011). Freiwilliges Engagement wurde zunehmend als gesellschaftliche Ressource entdeckt. Gesetze, Initiativen und Projekte wurden auf unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Ebenen in den letzten Jahren zur Stärkung des freiwilligen Engagements ins Leben gerufen (Klein, Olk & Hartnuß 2010). Bisher wurden zur Förderung des freiwilligen Engagements beispielsweise im Jahre 2005 der unfallversicherungsrechtliche Schutz Engagierter

verbessert sowie die Freiwilligendienste durch den Bundesfreiwilligendienst ausgebaut. Weitere Initiativen richteten sich an spezielle Zielgruppen, wie beispielsweise das BMFSFJ-Programm ‚Aktiv im Alter‘. In dem im Jahr 2002 vorgelegten Bericht der Enquete-Kommission wird eine engagementpolitische Agenda entworfen, die Engagement als umfassendes Konzept zur Reform der Gesellschaft und ihrer Institutionen begreift und die ‚Bürgergesellschaft‘ zum Leitbild erhebt (Hartnuß et al. 2011). Im Jahr 2003 wurde ein Parlamentarischer Unterausschuss ‚Bürgerschaftliches Engagement‘ eingesetzt, um die Empfehlungen der Enquete-Kommission schrittweise umzusetzen. 2009 wurde die Bundesregierung vom Bundestag beauftragt, einmal in jeder Legislaturperiode einen Bericht zur Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland samt Stellungnahme der Bundesregierung vorzulegen. Wir nehmen an, dass diese Veränderungen zu einer Erhöhung der Engagementbereitschaft in der Bevölkerung und zu einer erhöhten Engagementquote beigetragen haben.

(b) Veränderungen der Strukturen für freiwilliges Engagement

Die Strukturen für freiwilliges Engagement haben sich in den letzten Jahrzehnten deutlich verändert. Dies lässt sich beispielsweise an der gestiegenen Zahl von Stiftungen und Vereinen ablesen (Krimmer & Priemer 2013). In Deutschland existieren heute so viele Vereine wie nie zuvor. Durch das Mitmachen in Vereinen ergeben sich nicht selten Anlässe beziehungsweise Gelegenheiten sich freiwillig zu engagieren. Vereine verbessern somit die Gelegenheitsstrukturen für freiwilliges Engagement und es ist anzunehmen, dass sich die höhere Vereinsdichte auch in erhöhten Engagementquoten niederschlägt. Allerdings klagen Vereine gelegentlich auch über Schwierigkeiten, Personen für ehrenamtliche Positionen zu gewinnen. Es könnte also sein, dass die Zahl der Vereine schneller gewachsen ist als die der Ehrenamtlichen beziehungsweise

Engagierten. Zudem boomen Einrichtungen wie Freiwilligenagenturen, Mehrgenerationenhäuser, Kulturzentren oder Seniorenbüros, die Engagement fördern und unterstützen. Sie beraten und vermitteln Bürgerinnen und Bürger, die sich engagieren wollen, unterstützen Vereine und andere Organisationen, Ehrenamtliche zu gewinnen, und beraten Unternehmen, die bürgerschaftliches Engagement fördern oder Fortbildungsangebote machen (Bertelsmann Stiftung 2014). Durch die Gründung vieler privater Betreuungs- und Bildungseinrichtungen sowie zahlreicher Fördervereine entstehen zudem mehr Möglichkeiten für Eltern oder Großeltern sich zu engagieren.

(c) Gesellschaftlicher Diskurs zur Gleichstellung von Frauen und Männern

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich aus der grundsätzlichen Diskussion zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern der politisch und gesellschaftlich konkrete Diskurs zur Gleichstellung der Geschlechter entwickelt. Während die im Grundgesetz verankerte Gleichberechtigung von Frauen und Männern die juristische Gleichbehandlung zum Ziel hat, geht es bei der Gleichstellung um die faktische Gleichbehandlung und die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit durch ‚Gender Mainstreaming‘. Das heißt, dass unterschiedliche Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern bei allen gesellschaftlichen und politischen Vorhaben, und zwar in ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen, berücksichtigt werden sollen. Im Jahr 2005 wurde beschlossen, in jeder Legislaturperiode einen Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Auftrag zu geben, welcher erstmals im Jahr 2011 von der Bundesregierung vorgelegt wurde (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 2013). Auch wenn es bislang noch keineswegs eine tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen gibt, so hat doch die gesellschaftliche Debatte darüber zu einer Sensibilisierung in unterschiedlichen

gesellschaftlichen Bereichen geführt. Dies kann auch zu einer Veränderung der Beteiligung am freiwilligen Engagement geführt haben: Möglicherweise sind im Zuge des gesellschaftlichen Diskurses zur Gleichstellung mehr Frauen angesprochen worden, sich freiwillig zu engagieren oder im Engagement Leitungs- oder Vorstandspositionen zu übernehmen.

(d) Bildungsexpansion

Der Anteil von Menschen mit höherer Bildung in der Bevölkerung hat sich in den letzten Jahrzehnten stetig erhöht (Statistisches Bundesamt 2015). Da sich Menschen mit höherer Bildung zu größeren Anteilen freiwillig engagieren als Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau, gehen wir davon aus, dass sich diese Bildungsexpansion steigernd auf die Engagementquote ausgewirkt hat. Menschen mit höherer Bildung haben eher die materiellen und immateriellen Ressourcen, die für freiwilliges Engagement benötigt werden und haben häufig besseren Zugang zu Informationen, wo und wie sie sich engagieren können.

(e) Wandel der schulischen und universitären Ausbildung und Ansprache jüngerer Menschen

In den letzten Jahren hat sich die schulische Ausbildung verdichtet. Die Verkürzung des Weges zum Abitur auf acht gymnasiale Schuljahre kann die frei verfügbare Zeit von Schülerinnen und Schülern und damit ihre Freiräume für freiwilliges Engagement verringern. Die universitäre Ausbildung ist durch den im vergangenen Jahrzehnt vorangetriebenen Bologna-Prozess deutlich verschulter geworden (Nickel 2011). Eine geringere zeitliche Autonomie mit zunehmenden Zeitrestriktionen kann einschränkend auf die Möglichkeiten für Studierende, Verpflichtungen im freiwilligen Engagement zu übernehmen, wirken. Dennoch finden sich auch für die Gruppe der Jüngeren gute Gründe, eher von einer Ausweitung des Engagements als von einer

Reduzierung auszugehen. Der Wert des freiwilligen Engagements ist heute weithin anerkannt und auch in schulischen oder universitären Curricula festgeschrieben. Aufgrund des demografischen Wandels, der nicht nur mit einem höheren Anteil älterer Menschen, sondern auch mit einem geringeren Anteil Jüngerer einhergeht, ist es nachvollziehbar, dass sich zivilgesellschaftliche Akteure besondere Mühe geben, um die Jüngeren als die freiwillig Engagierten der Zukunft zu werben.

(f) Gestiegene Erwerbsbeteiligung und Veränderungen des Arbeitsmarktes

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen (Brenke 2015; Simonson, Romeu Gordo & Titova 2011) und von älteren Menschen (Naumann & Romeu Gordo 2010) ist in den letzten Jahrzehnten deutlich gestiegen. Die Arbeitslosenquoten sind zudem stark zurückgegangen. Diese Entwicklungen können sich auch im Engagement niederschlagen, da sich über die Erwerbsarbeit zusätzliche Gelegenheiten für freiwilliges Engagement ergeben können, beispielsweise für Tätigkeiten in Beiräten – oder einfach, da man häufiger mit anderen Menschen in Kontakt kommt, die einen für eine freiwillige Tätigkeit gewinnen. Zu berücksichtigen ist allerdings auch, dass Zeitressourcen durch die zunehmende Erwerbsbeteiligung begrenzt werden können. Darüber hinaus ist eine zunehmende Pluralisierung und Destandardisierung von Erwerbsverläufen festzustellen. Das Aufbrechen lebenslanger Vollzeit-Erwerbsverläufe zugunsten flexibler Karrieren kann freiwilliges Engagement befördern oder unter Umständen sogar erst ermöglichen. Andererseits können zunehmend fragilere und instabilere Erwerbsverläufe freiwilliges Engagement begrenzen. In Zeiten der Unsicherheit kann die Ausübung unbezahlter Tätigkeiten der Orientierung auf die materielle Sicherung durch Erwerbsarbeit untergeordnet sein. Daneben werden Arbeitszeiten flexibler und die Grenzen zwischen Erwerbsarbeit und anderen Lebensbereichen fließender. Möglich ist, dass die zeitlichen

Freiräume dazu führen, dass Engagement variabler gestaltet werden kann (Enquete-Kommission ‚Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements‘ 2002: 200). Insgesamt gehen wir davon aus, dass sich die verschiedenen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt positiv auf das freiwillige Engagement ausgewirkt haben.

(g) Wandel von Familie und sozialen Netzwerken

Familien haben sich durch die Pluralisierung von Lebensformen und eine abnehmende Verbreitung der Ehe verändert (Frick, Grabka, Rasner, Schmidt, Schuth & Westermeier 2012). Zudem werden Menschen später im Lebenslauf (oder gar nicht) Eltern oder Großeltern. Die Wohnentfernungen zwischen den familialen Generationen werden durch zunehmende Mobilität größer. Das vorhandene Hilfpotenzial könnte sich daher auf andere Empfängerinnen und Empfänger verlagert haben, beispielsweise im Rahmen informeller Unterstützungsleistungen, aber auch im Rahmen freiwilligen Engagements. Auf der anderen Seite könnten ‚Lücken‘ der innerfamiliären Unterstützung nicht nur durch Angebote gewerblicher Anbieter, sondern auch durch die Inanspruchnahme der Hilfe freiwillig Engagierter gefüllt werden.

(h) Veränderungen der Lebensphase Alter

Ein zentraler Aspekt des demografischen Wandels ist die durch die gestiegene Lebenserwartung und den Geburtenrückgang hervorgerufene Alterung der Gesellschaft. In diesem Zusammenhang wandeln sich der Bedarf der Älteren für Unterstützung und Hilfe, die durch Familienangehörige und Freundinnen und Freunde und Nachbarinnen und Nachbarn, aber auch durch Engagierte bereitgestellt werden muss sowie das Angebot von Hilfe und Unterstützung, auch durch Engagierte. Tendenziell ist eher ein Anstieg des Engagements zu erwarten. Ältere Menschen sind wichtige Empfängerinnen und Empfänger von freiwilliger Hilfe; sie sind

aber ebenso wichtig als Personen, die sich für andere engagieren. Auch die Lebensphase Alter hat sich gewandelt (Motel-Klingebiel, Wurm & Tesch-Römer 2010). Die heute Älteren haben durch die gestiegene Lebenserwartung nicht nur die Aussicht auf eine viele Jahre andauernde Phase des beruflichen Ruhestandes, die sie im Durchschnitt in relativer wirtschaftlicher Sicherheit und bei vergleichsweise guter Gesundheit verbringen können, sondern auch einen großen Erfahrungsschatz aus ihrer beruflichen und außerberuflichen Vergangenheit, auf den sie im freiwilligen Engagement auch nach dem Ruhestandseintritt zurückgreifen können. Die heute Älteren sind außerdem im Durchschnitt höher gebildet als die Älteren früherer Geburtsjahrgänge. Dem Können und Wollen vieler Älterer entspricht zudem ein politischer Diskurs des aktiven Alterns, in dem Engagement gefördert wird.

1.4 Ausblick auf den Bericht

Zielsetzung des vorliegenden Berichts zum Deutschen Freiwilligensurvey 2014 ist eine aktuelle Bestandsaufnahme des freiwilligen Engagements in Deutschland. Es wird dargestellt, welche Personen sich aus welchen Beweggründen, in welchem organisatorischen Rahmen und in welchen regionalen Kontexten engagieren und wie das Engagement ausgestaltet ist. Über den Vergleich mit den bisherigen Freiwilligensurvey-Erhebungen wird aufgezeigt, wie sich das Engagement und seine Ausgestaltung im Zeitvergleich gewandelt haben. Darüber hinaus wird dargestellt, welche Bedeutung andere Formen des zivilgesellschaftlichen Handelns wie die informelle Unterstützung im sozialen Nahraum oder Geldspenden haben, und wie freiwilliges Engagement mit solchen anderen Formen zivilgesellschaftlichen Handelns korrespondiert. Die Befunde werden jeweils für

(i) Zuwanderungsentwicklung

Internationale Zuwanderung führt zu einer Zunahme der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) 2016). Migrantinnen und Migranten, die nach Deutschland kommen, bringen Potenziale, aber auch Bedarfe und Anforderungen für freiwilliges Engagement mit sich. Zu berücksichtigen ist, dass Migrantinnen und Migranten keine homogene Gruppe sind, sondern je nach Herkunftsland, Kultur und Migrationsgeschichte sich ganz unterschiedlich engagieren beziehungsweise Unterstützung benötigen. Bisherige Untersuchungen zeigen, dass Personen mit Migrationshintergrund weniger häufig freiwillig engagiert sind als Personen ohne Migrationshintergrund. Die sich insbesondere in der jüngsten Vergangenheit verändernde Migration scheint in der Bevölkerung jedoch zu einer höheren Engagementbereitschaft beizutragen und wird voraussichtlich zu einem zukünftigen Anstieg des freiwilligen Engagements führen.

die Bevölkerung insgesamt sowie für spezifische Bevölkerungsgruppen, insbesondere nach Geschlecht, Alter und Bildung dargestellt.

Geschlecht: Frauen und Männer engagieren sich häufig in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und setzen sich für verschiedene Zielgruppen ein, um nur zwei von zahlreichen Unterschieden zwischen den Geschlechtern im Engagement zu benennen. Zudem haben Frauen deutlich seltener eine Leitungs- oder Vorstandsposition im Engagement als Männer, was dafür spricht, dass sich die Gleichstellung in diesem Bereich noch nicht ausreichend durchgesetzt hat. Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Frauen und Männern wurden bereits in früheren Wellen des Freiwilligensurveys thematisiert (siehe z. B. Zierau 2001). Auch wenn mittlerweile einiges über das freiwillige Engagement von Frauen und

Männern bekannt ist, beispielsweise hinsichtlich ihrer Motive (Haumann 2014), bestehen bezüglich der Frage nach den Geschlechterverhältnissen im Engagement nach wie vor Forschungslücken (Bereswill & Braukmann 2014: 18), da offen bleibt, welche Formen des freiwilligen Engagements unter welchen Voraussetzungen und in welchen Lebenssituationen von wem ausgeübt werden. Die Frage der Gleichstellung von Frauen und Männern im freiwilligen Engagement wird in diesem Bericht nicht nur in den empirischen Kapiteln, sondern ergänzend auch in einem eigenen Schwerpunktkapitel betrachtet.

- *Alter*: Je nach Lebensphase können sich unterschiedliche Anknüpfungspunkte und Möglichkeiten für Engagement bieten. Menschen verschiedener Altersgruppen engagieren sich zu unterschiedlichen Anteilen, in anderen Bereichen und für unterschiedliche Zielgruppen (Gensicke 2015; Dathe 2011). Im vorliegenden Bericht werden durchgängig vier Altersgruppen unterschieden: 14- bis 29-Jährige, 30- bis 49-Jährige, 50- bis 64-Jährige sowie die Gruppe der 65-Jährigen und Älteren. Diese Altersgruppen spiegeln unterschiedliche Lebenssituationen wider mit unterschiedlichen Gelegenheitsstrukturen für freiwilliges Engagement.
- *Bildung*: Es ist bekannt, dass freiwilliges Engagement neben Alter und Geschlecht in hohem Maße auch von den individuellen Ressourcen beeinflusst wird (Simonson, Hagen, Vogel & Motel-Klingebiel 2013; Tang 2006). Eine zentrale Rolle kommt dabei der Bildung zu. Höher gebildete Personen üben deutlich häufiger ein freiwilliges Engagement aus als Personen mit geringer Bildung (Gensicke 2015; Erlinghagen 2008; Künemund 2000; Naumann & Romeu Gordo 2010). Die Ursachen hierfür sind vielfältig: Personen mit hoher Bildung können sich besser über die Möglichkeiten zum Engagement informieren und verfügen über bessere Möglichkeiten ihre Interessen zu vertreten. Niedrige Bildung geht häufig auch mit einem geringeren Einkommen und einer schlechteren beruflichen Position einher. Dies sind ebenfalls Faktoren, die sich hemmend auf die Ausübung freiwilliger oder ehrenamtlicher Tätigkeiten auswirken können. Allerdings können Bildungseffekte unterschiedlich stark ausgeprägt sein. Es ist beispielsweise vorstellbar, dass Frauen und Männer in unterschiedlichem Ausmaß durch niedrige Bildungsressourcen benachteiligt sind. Im Bericht werden daher nicht nur die Unterschiede zwischen Bildungsgruppen in den Blick genommen, sondern es wird auch gefragt, wie sich Bildungsdifferenzen in Hinblick auf das Engagement zwischen Frauen und Männern oder zwischen Altersgruppen unterscheiden. Im Bericht wird durchgängig zwischen vier Gruppen unterschiedlicher Schulbildung differenziert: Schülerinnen und Schüler, Personen mit niedriger Schulbildung, mit mittlerer Schulbildung und mit hoher Schulbildung.
- *Migrationshintergrund*: Freiwilliges Engagement hat für Menschen, die aus ihrem Herkunftsland in eine neue Heimat eingewandert sind, eine doppelte Bedeutung: Zum einen kann das Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund als Zeichen gelungener Integration verstanden werden, zum anderen ist freiwilliges Engagement auch ein Weg zu Teilhabe und Mitgestaltung der Gesellschaft, kann also einen Pfad in die Integration bilden. Freiwilliges Engagement und informelle Unterstützungsleistungen von Personen mit Migrationshintergrund werden in diesem Bericht in einem eigenen Kapitel betrachtet. Unterschieden wird dabei zwischen vier Gruppen von Personen mit Migrationshintergrund: Menschen mit eigener Migrationserfahrung ohne deutsche Staatsangehörigkeit; Menschen mit eigener Migrationserfahrung mit deutscher Staatsangehörigkeit; Menschen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren sind, aber keine deutsche Staatsangehörigkeit haben; und Menschen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren sind und die deutsche Staatsangehörigkeit haben. In

allen anderen Kapiteln wird die Wohnbevölkerung Deutschlands (d. h. sowohl Menschen mit Migrationshintergrund als auch Menschen ohne Migrationshintergrund) betrachtet.

Empirische Grundlage des Berichts ist der Deutsche Freiwilligensurvey (FWS), eine repräsentative Befragung zum freiwilligen Engagement in Deutschland, die sich an Personen ab 14 Jahren richtet und aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert wird. Die ersten drei Wellen des Freiwilligensurveys wurden in den Jahren 1999, 2004 und 2009 erhoben. Die Befragung der vierten Welle wurde 2014 durchgeführt. Der Fragenkatalog des Freiwilligensurveys wurde im Jahr 2014 erweitert. Beispielsweise wurden Fragen ergänzt, um die Lebenssituation der Menschen besser zu berücksichtigen und informelle Unterstützungsleistungen differenzierter beschreiben zu können. Zudem wurde das Erhebungskonzept des Freiwilligensurveys in zwei wichtigen Aspekten ausgebaut: Zum einen wurde der Einbezug von Menschen mit Migrationshintergrund durch den Einsatz fremdsprachiger Interviews verbessert. Zum anderen wurden bei der Stichprobenziehung neben Festnetznummern erstmals auch Mobilfunknummern berücksichtigt.

Insgesamt besteht der Bericht aus sechs Teilen. Ein umfangreicher Online-Tabellenanhang mit Informationen zur Verteilung der berichteten Indikatoren nach Geschlecht, Alters- und Bildungsgruppen ergänzt den Bericht. Im Folgenden wird ein kurzer Ausblick auf die einzelnen Berichtskapitel gegeben.

Teil I: Einführung

Der erste Teil des Berichts umfasst neben einem Einleitungskapitel ein Kapitel zu den zugrundeliegenden Daten und zur Methodik der Datenerhebung.

- In Kapitel 1 werden konzeptuelle und theoretische Überlegungen zum freiwilligen Engagement und zum gesellschaftlichen Wandel

diskutiert und die Auswertungsfragen des Berichts vorgestellt.

- In Kapitel 2 wird dargestellt, wie bei der Datenerhebung des Freiwilligensurveys 2014 vorgegangen wurde, welches Stichprobendesign zugrunde gelegt und welche Stichprobe realisiert wurde. Außerdem werden zentrale Schritte der Datenaufbereitung und ihre Implikationen für die Interpretation der Befunde erläutert.

Teil II: Freiwilliges Engagement und zivilgesellschaftliches Handeln im Zeitvergleich

Im zweiten Teil des Berichts betrachten wir freiwilliges Engagement und andere Formen zivilgesellschaftlichen Handelns im Zeitvergleich über die nun vorliegenden vier Wellen des Freiwilligensurveys von 1999 bis 2014. Dabei wird auch das Zusammenspiel von Engagement mit anderen zivilgesellschaftlichen Tätigkeiten in den Blick genommen.

- In Kapitel 3 wird gefragt, ob die Aktivitäts- und Engagementquoten insgesamt gesunken oder gestiegen sind. Darüber hinaus wird untersucht, inwieweit sich für Frauen und Männer, für unterschiedliche Alters- und Bildungsgruppen, sowie in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen differenzielle Entwicklungen aufzeigen lassen.
- In Kapitel 4 wird über Personen, die früher bereits einmal engagiert waren, sowie über Personen, die noch nie engagiert waren, Auskunft gegeben. Darüber hinaus geht es um die Frage, inwieweit und für welche Personengruppen die Bereitschaft zum Engagement gesunken oder gestiegen ist.
- In Kapitel 5 wird mit den Freiwilligendiensten eine spezifische Form des freiwilligen Engagements betrachtet. Es wird dargestellt, wer einen Freiwilligendienst leistet oder in der Vergangenheit geleistet hat und inwieweit der Frei-

willigendienst ein Anstoß für darauffolgendes Engagement ist.

- In Kapitel 6 werden verschiedene Formen der politischen Partizipation in den Blick genommen. Untersucht wird, wer schon einmal an einer Unterschriftenaktion, an Demonstrationen oder Bürgerinitiativen teilgenommen oder über ein politisches Amt Verantwortung übernommen hat.
- In Kapitel 7 geht es um Geldspenden. Es wird nicht nur gefragt, wer Geld spendet, sondern auch wie viel gespendet wird, und wie sich das Spenden von Geld im Zeitverlauf gewandelt hat.
- In Kapitel 8 wird dargestellt, wer Mitglied in einem Verein oder einer gemeinnützigen Vereinigung ist und wie die Mitgliedschaft mit freiwilligem Engagement zusammenhängt. Mitgliedschaften in Kirchen, Vereinen und gemeinnützigen Organisationen können Gelegenheiten und Möglichkeiten für freiwilliges Engagement schaffen.
- In Kapitel 9 werden außerfamiliäre informelle Unterstützungsleistungen im sozialen Nahraum untersucht. Betrachtet werden die Betreuung von Kindern von Nachbarinnen und Nachbarn, Freundinnen und Freunden oder Bekannten, instrumentelle Hilfeleistungen für diesen Personenkreis sowie Pflege- und Betreuungsleistungen, die außerhalb des eigenen Haushaltes erbracht werden.
- In Kapitel 10 wird das Zusammenspiel von informellen Unterstützungsleistungen mit freiwilligem Engagement analysiert und gefragt, inwieweit es sich um konkurrierende oder ergänzende Aktivitäten handelt.

Teil III: Die Ausgestaltung des freiwilligen Engagements im Zeitvergleich

Der dritte Teil des Berichts widmet sich der Ausgestaltung des freiwilligen Engagements. Betrachtet werden beispielsweise die zeitliche Struktur des Engagements, die zugrundeliegenden Motive sowie Vergütungen und Kostenerstattungen im Engagement.

- In Kapitel 11 wird die inhaltliche Ausgestaltung des freiwilligen Engagements beschrieben und dargestellt, inwieweit sich Tätigkeitsinhalte und Leitungsfunktionen im freiwilligen Engagement geändert haben. Betrachtet werden darüber hinaus die Zielgruppen des Engagements.
- In Kapitel 12 wird die zeitliche Struktur des Engagements in den Blick genommen und untersucht, wie sich Häufigkeit und Zeitumfang freiwilliger Tätigkeiten zwischen Personengruppen unterscheiden. Gleichzeitig wird betrachtet, wie die biografische Dauer des freiwilligen Engagements ist, also seit wie vielen Jahren eine freiwillige Tätigkeit ausgeübt wird.
- In Kapitel 13 wird der Frage nachgegangen, welche Rolle die Qualifizierung für und durch das Engagement spielt, das heißt, welche Erfordernisse an freiwillig Engagierte hinsichtlich benötigter Zertifikate oder Fortbildungen gestellt werden und inwieweit mit dem Engagement auch Lernerfahrungen verbunden sind.
- In Kapitel 14 wird untersucht, welche Bedeutung Geldzahlungen und Sachzuwendungen im freiwilligen Engagement haben und inwieweit sich ein Trend der Monetarisierung des Engagements ausmachen lässt.
- In Kapitel 15 werden die persönlichen Motive und Anstöße für freiwilliges Engagement behandelt, und es wird untersucht wie sich diese zwischen Personengruppen unterscheiden.

Teil IV: Individuelle Ressourcen und freiwilliges Engagement

Im vierten Teil des Berichts wird die Frage aufgegriffen, welche Bedeutung individuelle Ressourcen für die Wahrscheinlichkeit sich freiwillig zu engagieren haben.

- In Kapitel 16 wird untersucht, wie sozioökonomische Faktoren, also die schulische und berufliche Bildung, der Erwerbsstatus, die finanzielle Situation sowie die Haushaltszusammensetzung, mit freiwilligem Engagement zusammenhängen.
- In Kapitel 17 geht es um die Rolle von krankheitsbedingten Alltagseinschränkungen, subjektiver Gesundheit und Lebenszufriedenheit für freiwilliges Engagement.
- In Kapitel 18 wird der Einfluss von unterschiedlichen Werthaltungen auf freiwilliges Engagement untersucht, da auch Werthaltungen bedeutsam für die Frage sind, ob sich jemand engagiert oder nicht.
- In Kapitel 19 wird einerseits die Frage aufgegriffen, wie sich die soziale Einbettung von Personen auf die Wahrscheinlichkeit auswirkt freiwillig engagiert zu sein. Andererseits kann auch das freiwillige Engagement förderlich für die soziale Eingebundenheit sein. Daher wird ergänzend untersucht, wie sich die Dauer, mit der eine freiwillige Tätigkeit bislang ausgeübt wurde, auf die soziale Einbettung auswirkt.

Teil V: Organisationale, regionale und kulturelle Rahmenbedingungen des freiwilligen Engagements

Der fünfte Teil des Berichts befasst sich mit regionalen Unterschieden im Engagement, mit organisationalen Kontexten sowie mit den kulturellen Rahmenbedingungen des freiwilligen Engagements, das insbesondere für Menschen mit Migrationshintergrund von Bedeutung ist.

- In Kapitel 20 wird gefragt, in welchen organisatorischen Kontexten Engagierte tätig sind, welche Rahmenbedingungen diese Organisationen bieten und welche Verbesserungsmöglichkeiten die Engagierten bei den Organisationen aber auch bezüglich des Staates und der Öffentlichkeit sehen.
- In Kapitel 21 werden regionale Unterschiede im Engagement auf der Ebene der Kommunen untersucht. Dargestellt werden die Engagementquoten in städtischen und ländlichen Kreisen sowie in Kreisen mit unterschiedlich hoher Arbeitslosigkeit.
- In Kapitel 22 werden regionale Unterschiede im Engagement zwischen Ost- und Westdeutschland und auf Länderebene analysiert.
- In Kapitel 23 stehen Menschen mit Migrationshintergrund im Mittelpunkt. Es werden das freiwillige Engagement sowie die informellen Unterstützungsleistungen im sozialen Nahraum von Menschen mit Migrationshintergrund thematisiert und nach Migrationsmerkmalen wie eigener Zuwanderungserfahrung und Staatsangehörigkeit differenziert dargestellt.

Teil VI: Gesamtfazit

Im abschließenden sechsten Teil des Berichts werden die Ergebnisse zusammenfassend mit Blick auf zwei Themen diskutiert: Gleichstellung von Frauen und Männern sowie Implikationen für Gesellschaft und Politik.

- In Kapitel 24 werden die Ergebnisse des Berichts in Hinblick auf das Geschlechterverhältnis und die Frage der Gleichstellung von Frauen und Männern im Engagement diskutiert.
- Im abschließenden Kapitel 25 wird ein Fazit des Berichts gezogen und es werden gesellschaftliche und politische Implikationen der Ergebnisse diskutiert.

Literatur

- Anheier, H. K. (1999). Dritter Sektor, Ehrenamt und Zivilgesellschaft in Deutschland. Thesen zum Stand der Forschung aus internationaler Sicht. In: E. Kistler, H.-H. Noll & E. Priller (Hrsg.) *Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts* (S. 145–170). Berlin: Edition Sigma.
- Anheier, H. K., & Salamon, L. M. (1999). Volunteering in cross-national perspective: initial comparisons. *Law and Contemporary Problems*, 62(4), 43–65.
- Bereswill, M., & Braukmann, S. (2014). *Fürsorge und Geschlecht. Neue und alte Geschlechterkonstellationen im freiwilligen Engagement Älterer*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Bertelsmann Stiftung (2014). *Vernetzen, beraten, ermöglichen. Strukturen für Engagement*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Brenke, K. (2015). Wachsende Bedeutung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt. *DIW Wochenbericht*, 82(5), 75–86.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2016). *Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung (Migrationsbericht 2014)*. Nürnberg: BAMF.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2013). *Neue Wege – Gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf. Erster Gleichstellungsbericht*. Berlin: BMFSFJ.
- Bündnis 90/Die Grünen (2013). *Zeit für den grünen Wandel: Teilhaben. Einmischen. Zukunft Schaffen*. Online: <https://www.gruene.de/partei/gruenes-wahlprogramm-2013.html> (zuletzt abgerufen 5.2.2016).
- CDU (2007). *Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland. Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands*. Online: <http://www.cdu.de/grundsatzprogramm> (zuletzt abgerufen 5.2.2016).
- CDU, CSU, & SPD (2013). *Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 18. Legislaturperiode*. Berlin: CDU, CSU, SPD.
- CSU (2007). *Chancen für alle! In Freiheit und Verantwortung gemeinsam Zukunft gestalten. Grundsatzprogramm der CSU*. Online: <http://www.csu.de/politik/grundsatzprogramm/> (zuletzt abgerufen 5.2.2016).
- Dathe, D. (2011). *Wie und wofür engagieren sich ältere Menschen?* (Monitor Engagement Nr. 4). Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Deth, J. W. van (2001). Soziale und politische Beteiligung: Alternativen, Ergänzungen oder Zwillinge? In: A. Koch, M. Wasmer & P. Schmidt (Hrsg.) *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen* (S. 195–219). Opladen: Leske + Budrich.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2012). *Erster Engagementbericht – Für eine Kultur der Mitverantwortung. Bericht der Sachverständigenkommission und Stellungnahme der Bundesregierung* (Bundestagsdrucksache 17/10580). Berlin: Deutscher Bundestag.
- Die Linke (2013). *Wahlprogramm 2013 DIE LINKE*. Online: https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2013/bundestagswahlprogramm/bundestagswahlprogramm2013_langfassung.pdf (zuletzt abgerufen 5.2.2016).
- Die Linke (2011). *Programm der Partei DIE LINKE*. Online: <http://www.die-linke.de/partei/dokumente/programm-der-partei-die-linke/> (zuletzt abgerufen 5.2.2016).
- Enquete-Kommission ‚Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements‘ (2002). *Bericht der Enquete-Kommission ‚Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements‘. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft* (Bundestagsdrucksache 14/8900). Berlin: Deutscher Bundestag.
- Erlinghagen, M. (2013). Ehrenamt. In: S. Mau & N. M. Schöneck (Hrsg.) *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands* (S. 199–212). Wiesbaden: Springer VS.
- Erlinghagen, M. (2008). Ehrenamtliche Arbeit und informelle Hilfe nach dem Renteneintritt. In: M. Erlinghagen & K. Hank (Hrsg.) *Produktives Altern und informelle Arbeit in modernen Gesellschaften* (S. 93–118). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Evers, A., & Olk, T. (1996). Wohlfahrtspluralismus – Analytische und normativ-politische Dimensionen eines Leitbegriffs. In: A. Evers & T. Olk (Hrsg.) *Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft* (S. 9–60). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Frick, J. R., Grabka, M. M., Rasner, A., Schmidt, M., Schuth, M., & Westermeier, C. (2012). *Familienbiographische Verläufe im Kohortenvergleich* (SOEPpapers 439). Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.

- Gaskin, K., Smith, J. D., & Paulwitz, I. (1996). *Ein neues bürgerschaftliches Europa. Eine Untersuchung zur Verbreitung und Rolle von Volunteering in zehn Ländern*. Freiburg im Breisgau: Lambertus.
- Gensicke, T. (2015). *Freiwilliges Engagement in Deutschland: Freiwilligensurvey 2009*. Wiesbaden: Springer VS.
- Gensicke, T. (2011). Freiwilligensurvey. In: T. Olk & B. Hartnuß (Hrsg.) *Handbuch Bürgerschaftliches Engagement* (S. 691–704). Weinheim: Beltz Juventa.
- Hartnuß, B., Olk, T., & Klein, A. (2011). Engagementpolitik. In: T. Olk & B. Hartnuß (Hrsg.) *Handbuch Bürgerschaftliches Engagement* (S. 761–776). Weinheim: Beltz Juventa.
- Haumann, W. (2014). *Motive des bürgerschaftlichen Engagements. Kernergebnisse einer bevölkerungsrepräsentativen Befragung durch das Institut für Demoskopie Allensbach im August 2013*. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).
- Heinze, R. G., & Olk, T. (Hrsg.) (2001). *Bürgerengagement in Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven*. Opladen: Leske + Budrich.
- International Labour Organization (ILO) (2011). *Manual on the Measurement of Volunteer Work*. Genf: International Labour Office.
- Klages, H. (1998). Engagement und Engagementpotential in Deutschland. Erkenntnisse aus der empirischen Forschung. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 48(38), 29–38.
- Klein, A. (2011). Zivilgesellschaft/Bürgergesellschaft. In: T. Olk & B. Hartnuß (Hrsg.) *Handbuch Bürgerschaftliches Engagement* (S. 29–40). Weinheim: Beltz Juventa.
- Klein, A., Olk, T., & Hartnuß, B. (2010). Engagementpolitik als Politikfeld: Entwicklungserfordernisse und Perspektiven. In: T. Olk, A. Klein & B. Hartnuß (Hrsg.) *Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe* (S. 24–59). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Krimmer, H., & Priemer, J. (2013). *ZIVIZ-Survey 2012. Zivilgesellschaft verstehen*. Berlin: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft.
- Künemund, H. (2000). „Produktive“ Tätigkeiten. In: M. Kohli & H. Künemund (Hrsg.) *Die zweite Lebenshälfte. Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey* (S. 277–317). Opladen: Leske + Budrich.
- Motel-Klingebiel, A., Wurm, S., & Tesch-Römer, C. (Hrsg.) (2010). *Altern im Wandel. Befunde des Deutschen Alterssurveys (DEAS)*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Naumann, D., & Romeu Gordo, L. (2010). Gesellschaftliche Partizipation: Erwerbstätigkeit, Ehrenamt und Bildung. In: A. Motel-Klingebiel, S. Wurm & C. Tesch-Römer (Hrsg.) *Altern im Wandel. Befunde des Deutschen Alterssurveys (DEAS)* (S. 118–141). Stuttgart: Kohlhammer.
- Nickel, S. (Hrsg.) (2011). *Der Bologna-Prozess aus Sicht der Hochschulforschung. Analysen und Impulse für die Praxis* (Arbeitspapier Nr. 148). Gütersloh: Centrum für Hochschulentwicklung (CHE).
- Olk, T., & Hartnuß, B. (Hrsg.) (2011a). *Handbuch Bürgerschaftliches Engagement*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Olk, T., & Hartnuß, B. (2011b). Bürgerschaftliches Engagement. In: T. Olk & B. Hartnuß (Hrsg.) *Handbuch Bürgerschaftliches Engagement* (S. 145–161). Weinheim: Beltz Juventa.
- Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) (Hrsg.) (2015). *How's life? Measuring well-being*. Paris: OECD.
- Paulwitz, I. (1999). Wem gebührt die Ehre? Ehrenamtliche Arbeit im Vergleich zu anderen europäischen Ländern – die Eurovol-Studie. In: E. Kistler, H.-H. Noll & E. Priller (Hrsg.) *Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts* (S. 201–210). Berlin: Edition Sigma.
- Priller, E. (2011). Dynamik, Struktur und Wandel der Engagementforschung. Rückblick, Tendenzen und Anforderungen. In: E. Priller, M. Alscher, D. Dathe & R. Speth (Hrsg.) *Zivilengagement. Herausforderungen für Gesellschaft, Politik und Wissenschaft* (S. 11–40). Berlin: LIT Verlag.
- Priller, E., & Schupp, J. (2011). Soziale und ökonomische Merkmale von Geld- und Blutspendern in Deutschland. *DIW Wochenbericht*, 78(29), 3–10.
- Rosenblatt, B. von (Hrsg.) (2001). *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Freiwilligensurvey 1999. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Band 1: Gesamtbericht*. Stuttgart: Kohlhammer.

- Roth, R. (2000). Bürgerschaftliches Engagement – Formen, Bedingungen, Perspektiven. In: A. Zimmer & S. Nährlich (Hrsg.) *Engagierte Bürgerschaft. Traditionen und Perspektiven* (S. 25–48). Opladen: Leske + Budrich.
- Schmid, J., & Buhr, D. (2011). Bürgerschaftliches Engagement und Interessenpolitik durch Verbände und Parteien. In: T. Olk & B. Hartnuß (Hrsg.) *Handbuch Bürgerschaftliches Engagement* (S. 305–316). Weinheim: Beltz Juventa.
- Simonson, J., Romeu Gordo, L., & Titova, N. (2011). Changing employment patterns of women in Germany: How do baby boomers differ from older cohorts? A comparison using sequence analysis. *Advances in Life Course Research*, 16(2), 65–82.
- Simonson, J., Hagen, C., Vogel, C., & Motel-Klingebiel, A. (2013). Ungleichheit sozialer Teilhabe im Alter. *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie*, 46(5), 410–416.
- SPD (2007). *Hamburger Programm. Das Grundsatzprogramm der SPD*. Online: https://www.spd.de/linkableblob/1778/data/hamburger_programm.pdf (zuletzt abgerufen 5.2.2016).
- Statistisches Bundesamt (2015). *Bildungsstand der Bevölkerung 2015*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Stricker, M. (2011). Ehrenamt. In T. Olk & B. Hartnuß (Hrsg.) *Handbuch Bürgerschaftliches Engagement* (S. 163–171). Weinheim: Beltz Juventa.
- Tang, F. (2006). What resources are needed for volunteerism? A life course perspective. *Journal of Applied Gerontology*, 25, 375–390.
- United Nations (UN) (2001). *Recommendations on support for volunteering – Resolution adopted by the General Assembly*. A/RES/56/38. New York: UN.
- Zierau, J. (2001). Genderperspektive – Freiwilligenarbeit, ehrenamtliche Tätigkeit und bürgerschaftliches Engagement bei Männern und Frauen In: S. Picot (Hrsg.) *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Freiwilligensurvey 1999. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Band 3: Frauen und Männer, Jugend, Senioren, Sport* (S. 15–110). Stuttgart: Kohlhammer.
- Zimmer, A., & Rauschenbach, T. (2011). Bürgerschaftliches Engagement unter Druck? Einleitung. In: T. Rauschenbach & A. Zimmer (Hrsg.) *Bürgerschaftliches Engagement unter Druck? Analysen und Befunde aus den Bereichen Soziales, Sport und Kultur* (S. 11–28). Opladen: Barbara Budrich.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

Freiwilliges Engagement in Deutschland

Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014

Simonson, J.; Vogel, C.; Tesch-Römer, C. (Hrsg.)

2017, XIX, 643 S. 213 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-12643-8